

Ressort: Finanzen

Wirtschaftswissenschaftler: "Es gibt keine Staatsschuldenkrise"

Berlin, 06.07.2013, 06:39 Uhr

GDN - Der Wirtschaftswissenschaftler Heiner Flassbeck hat die Existenz einer Staatsschuldenkrise verneint. "Wir hatten 2008 eine Banken-Schuldenkrise, und infolge dieser Krise, und weil wir eine weltweite Depression hatten, sind die Staaten in die Bresche gesprungen, haben Banken gerettet und die Konjunktur stabilisiert", sagte der ehemalige Finanzstaatssekretär im Interview mit dem TV-Sender "n-tv".

Er empfindet es als "lächerlich" deshalb von einer Staatsschuldenkrise zu sprechen. Die bei etwa 80-Prozent vom laufenden Einkommen liegende Staatsverschuldung sei kein Problem, so Flassbeck weiter. Der Ex-Finanzstaatssekretär fragte sich, ob es Leistung sei, dass "die Deutschen ihre Löhne weniger erhöht" haben. "Das einzige, was zuletzt in Deutschland funktioniert hat, war der Export. Der Export hat aber nichts mit Vertrauen zu tun, der hat damit zu tun, dass die Deutschen ihre Löhne nicht erhöht haben und deswegen im Vergleich zu den anderen Europäern extrem wettbewerbsfähig sind." Jedoch könne nicht jeder wettbewerbsfähig werden, nicht alle könnten ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, dies wäre gegen die Logik, so Flassberg. "Wenn der eine seine Wettbewerbsfähigkeit steigert, dann verliert der andere an Wettbewerbsfähigkeit. Das gilt innerhalb der EU, das gilt aber auch weltweit." Er bemängelte das Frau Merkel und Herr Schäuble dies nicht "kapiert" hätten und es so wie es jetzt laufe nicht weitergehen könne. "Wenn man ein Währungssystem zu Tode reitet, dann ist es am Ende tot." Laut dem Wirtschaftswissenschaftler läuft es darauf hinaus, "dass der Euro nicht überleben kann. Weil wir unfähig sind, diese Währungsunion zu managen." Man bräuchte dazu ein neues europäisches Währungssystem, welches die Möglichkeit einer Ausstiegsoption bietet, sagte der ehemalige Finanzstaatssekretär. Durch das Sparen ginge die Binnenkonjunktur kaputt und die folge wäre Arbeitslosigkeit, sagte Flassbeck. "Wenn die Arbeitslosigkeit auf 25 Prozent steigt, fangen die Leute an, verrückte Parteien zu wählen" und "irgendwann ist die Demokratie dann am Ende".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-17215/wirtschaftswissenschaftler-es-gibt-keine-staatsschuldenkrise.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com